

Kapitel aus „**Das Ende der Bundesrepublik. Warum wir eine neue Verfassung brauchen**“ von Reginald Grüenberg, Stand September 2011, als E-Book erhältlich als EPUB bei epubli, Amazon und Apple.

Für Piraten stelle ich das ganze Buch frei zur Verfügung.



Demokratie ist (auch) Software

Der Wahlkampf von Barack Obama in den USA war neben all seinen dramatischen Wendungen ein Weckruf für die Welt, dass das Internet endgültig in der Politik angekommen ist und damit viele Regeln der klassischen Kampagnenführung neu definiert werden müssen. Tobias Moorstedt hat diese Medienrevolution in der modernsten Demokratie der Welt live verfolgt und in seinem spannenden Buch *Jeffersons Erben. Wie die digitalen Medien die Politik verändern* (September 2008) darüber berichtet. Darin bekamen die deutschen Leser einen detaillierten Einblick, wie Obama und McCain im Internet spenden sammelten, über ihre Myspace-Profilen Wähler mobilisierten und mit einer Armee von Graswurzelaktivisten, Bürgerjournalisten und Bloggern versuchten, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Im Superwahljahr 2009 starteten dann auch alle deutschen Parteien verbissene Versuche, das Internet für ihre Zwecke zu nutzen. Doch diese ersten Ansätze scheiterten durch die Bank kläglich, denn die deutschen Wahlkampfmanager sahen im Internet nichts als

eine digitale Verlängerung ihrer alten Strategien. Nur eine politische Gruppe hat diesbezüglich alles richtig gemacht und aus dem Stand heraus gezeigt, wie viel Potenzial in der richtigen Mischung aus politischen Inhalten – Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren, informationelle Selbstbestimmung, Urheberrecht – und einer digitalen Infrastruktur aus Emails, SMS, Twitter, Myspace, Facebook und elektronischen Foren liegt. Die Rede ist natürlich von der Piraten Partei. Im September 2009, wenige Tage vor der Bundestagswahl, erschien von Frank Schirrmacher in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung *Die Revolution der Piraten*, ein bemerkenswertes Porträt dieser Partei und ihres Stammpersonals, der Nerds.

„Nerds sind meist männliche junge Leute, die schon im Alter von vier Jahren damit beginnen, Spielzeugautos, Radios und Computer zu zerlegen und ganz anders wieder zusammenzubauen [...] Nerds verehren Daniel Düsentrieb, Jules Verne und später Neal Stephenson. Meist fallen sie schon frühzeitig durch einen unbändigen Basteltrieb auf. Früher konnte man sie in der Schule leicht erkennen: Sie hatten Diplomatenkoffer mit Nummernschloss, dessen Code sie täglich änderten, trugen Pferdeschwanz und schwarze T-Shirts mit „Ultima Online“-Logo.“

Die Kernthese von Schirrmacher lautet, dass es genau diese Leute sind, die schon längst damit begonnen haben, die Zukunft unserer Gesellschaft zu programmieren. Das ist zunächst nicht unbedingt in einem bedrohlichen, überwachungsstaatlichen Sinn zu verstehen, sondern als einfache Feststellung, dass Algorithmen, Software, digitale Medien und elektronische Netzwerke in einem zunehmenden Maß alle Bereiche des Lebens beeinflussen.

„Was wir erleben, ist der Übertritt einer anderen Intelligenzform in den Bereich der Politik. Ob durchweg zum Guten, das lässt sich heute noch nicht sagen.“

Grundsätzlich hält Schirrmacher die politischen Anliegen der Piraten und ihre Nutzung aller zur Verfügung stehenden Informationstechnologien für ihre Zwecke für legitim. Er sieht in ihnen sogar wichtige Gesprächspartner, mit denen die Gesellschaft sich dringend über ihre eigene Zukunft verständigen sollte, denn sie könnten wichtige Übersetzer sein für die Sprache einer neuen, digital geprägten Umwelt mit einer neuen Soziologie und Ökologie, die den Nicht-Nerds, und das ist die Mehrheit, auf absehbare Zeit fremd bleiben muss. Das ist nicht nur eine äußerst kluge, sondern auch eine hochgradig anschlussfähige und ausbaubare Position. Wir haben hier im Vorwort zur 2. Auflage ein schönes Beispiel dafür, wie dieses Gespräch beginnt. Der zitierte Leserbriefschreiber *bengel* zweifelt zuerst, ob mein Essay *Die deutsche Status-Quo-Diktatur* tatsächlich von einer Website bzw. einem Server der Springer-

Zeitung DIE WELT kommt und prüft das sogar. Dann schreibt er über die neuen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe der Bürger mit Hilfe des Internets als historisch noch nie da gewesenem „Rückkanal“. Das sind die Sorgen, die Gedanken und die Sprache der Nerds. Und sie arbeiten kontinuierlich weiter an diesen Fragen, so etwa wie die Piraten in Berlin, die ihren Mitgliedern im Januar 2010 den Zugang zu einer neuen Software freigeschaltet haben, mit der politische Themen, Projekte, Diskussionen und Abstimmungen organisiert werden können – alles über das Internet. Diese *Liquid Feedback* oder *Liquid Democracy* genannte Online-Plattform zeichnet sich durch einige interessante formale Diskussions- und Entscheidungsregeln aus, etwa jene, dass innerhalb eines Diskussionsstrangs für einen Antrag nur zustimmende Beiträge zugelassen sind, bis der Antrag allgemein zu Abstimmung freigegeben wird – wer anderer Meinung ist, muss einen eigenen Antrag einbringen, Anhänger dafür finden und ihn zur Abstimmung bringen. Solche unscheinbaren formalen Regeln können gewaltige Folgen haben und umfangreiche soziale oder wirtschaftliche Prozesse effizient organisieren, wie etwa die Auktionen bei ebay oder die blockierte Freischaltung von Profilansichten bis Nutzer von sozialen Netzwerken ihre eigenen Profile editiert haben, wodurch innerhalb der Gesamtheit der Nutzer privilegierte Gruppen geschaffen werden. Grundsätzlich geht es den Initiatoren von *Liquid Democracy* und ihren Kollegen um die Modernisierung von politischen Deliberationsprozessen. Deshalb ist es vielleicht kein Zufall, sondern vielmehr eine Notwendigkeit, dass eines der Merkmale dieser neuen, softwaregestützten Meinungsbildungsverfahren in einer verblüffend exakten Abbildung dessen besteht, was wir hier als den politischen Trade-Off entwickelt haben. Denn die Diskussionsprozesse sind so organisiert, dass alle Teilnehmer dazu eingeladen werden, ihre einzelnen Interessen und Präferenzen klar herauszuarbeiten, zu priorisieren und schließlich untereinander damit zu handeln, um ein Optimum für alle Beteiligten zu erreichen. Diese Versuche stehen noch ganz am Anfang, aber sie finden bereits statt, und das ist ein gutes Zeichen. Vielleicht werden wir in absehbarer Zukunft das Internet, kollaborative Software-Plattformen und digitale Abstimmungsverfahren als die Rettung der Demokratie in modernen Industriegesellschaften betrachten. Diese Möglichkeiten sollten wir auch alle bedenken, wenn wir nicht nur eine Partei, sondern gleich eine Verfassung und eine ganze Republik neu gründen wollen.